

# Wochenspiegel

## 19. - 25. Oktober 2019

### Darüber diskutiert Frankreich

Seite 1/2

**Staatspräsident Emmanuel Macron besucht die Überseegebiete Mayotte und La Réunion.** Schwerpunkt des viertägigen Besuchsprogramms sind die Themen Migration und Arbeitsmarkt. Auf der Insel Réunion im Indischen Ozean leben 40% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, die Arbeitslosenquote beträgt 24%. Die Bewohner der Insel werfen dem französischen Festland vor, nichts für ihre Kaufkraft zu. Während die durchschnittlichen Ausgaben eines Haushalts 7,2% über den Kosten in Festland-Frankreich liegen, befindet sich das Durchschnitteinkommen 30% unter dem nationalen Niveau. Mayotte, die zur Inselkette der Komoren gehört und 8000km von der französischen Hauptstadt entfernt liegt, sieht sich seit einigen Jahren einem verstärkten Migrationsdruck von den nur rund 70km entfernten Nachbarinseln ausgesetzt. 48% der Inselbewohner sind zugewandert. Die Insel vor der Ostküste Afrikas sieht sich zahlreichen Problemen ausgesetzt. 84% der Einwohner leben unter der Armutsgrenze, 42% sind Analphabeten.

**Marine Le Pen möchte 2022 bei der Präsidentschaftswahl antreten.** Die Vorsitzende des rechtspopulistischen Rassemblement National (früher: Front National), kündigte am Sonntag im Rahmen eines Fernseh-Interviews an, auch 2022 als Kandidatin bei der Präsidentschaftswahl antreten zu wollen. Sie habe Lust darauf, so die heute 51-jährige, die gegenwärtige Politik zu stoppen, die zu Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und hohen Steuern führe. Le Pen war bereits 2012 und 2017 angetreten. 2012 hatte sie 18 Prozent in der ersten Wahlrunde erhalten. 2017 holte sie in der Stichwahl gegen Emmanuel Macron 34 Prozent der Stimmen.

**Der ehemalige Staatspräsident François Hollande meldet sich mit Vorschlägen zur Reform des französischen Staatsappels zurück.** In seinem neuen Buch „Répondre à la crise démocratique“ (*Antworten auf die Demokratiekrisis*) ruft er zur Bildung einer neuen Republik auf, die ohne Premierminister funktionieren und der Präsident für sechs, das Parlament für vier Jahre gewählt würde. Würde es nach Hollande gehen, hätte die Exekutive kein Recht auf Auflösung des Parlaments und der Paragraph 49-3 der Verfassung würde gestrichen. Der Paragraph sieht vor, dass die Regierung Gesetze ohne Abstimmung im Parlament beschließen kann.

**Nach der Wahl von Christian Jacob zum Parteivorsitzenden der Républicains steht nun auch der Rest des Partei-Vorstands fest.** Mit Aurélien Pradié, Abgeordneter der Nationalversammlung, wurde der jüngste Generalsekretär der Parteigeschichte nominiert. Der 33-jährige hatte im Mai gemeinsam mit anderen Amtskollegen einen Brandbrief an die damalige Parteispitze geschrieben und eine bessere Einbindung jüngerer Parteimitglieder eingefordert. Der bisherige Interimsvorsitzende Jean Leonetti wurde mit dem Aufbau einer politischen Stiftung beauftragt. Diese könnte nach dem Vorbild der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung funktionieren und über die Zukunft des bürgerlich-konservativen Lagers arbeiten.

**Sechs Monate vor den Kommunalwahlen fordert der Vorsitzende der Fraktion der bürgerlich-konservativen Républicains im Sénat, Bruno Retailleau, das Verbot von Wahllisten, die sich ausschließlich über eine ethnische oder religiöse Zugehörigkeit definieren.** Dies widerspreche dem Grundsatz der Gleichheit und der Laizität der französischen Verfassung. Bei den Europawahlen hatte die „Union des démocrates musulmans français“ („Union der muslimischen französischen Demokraten“) frankreichweit 29.000 Stimmen erhalten, sich dabei aber insbesondere in drei Gemeinden im Pariser Umland als erkennbare politische Kraft etabliert. Bei den Kommunalwahlen will die Partei in rund 50 Gemeinden antreten. Während Retailleau daran erinnert, dass im Rahmen der französischen Laizität auch für gewählte Volksvertreter der Grundsatz der strikten Neutralität in Religionsfragen gelten müsse und ein entsprechendes Gesetz forderte, erklärte der zuständige Minister Sébastien Lecornu, es sei Aufgabe des Wählers, den Erfolg solcher Parteien zu verhindern. In Frankreich befürchten zahlreiche Politiker die Bildung einer islamisch geprägten Parallelgesellschaft.

**Eine Untersuchungskommission arbeitet einen Umweltkandal auf den französischen Antillen auf.** In der Kritik steht das Pestizid Chlordécon, das auf den französischen Überseeinseln Guadeloupe und Martinique auf Bananenplantagen noch Jahre nach dem Verbot im Jahr 1990 eingesetzt wurde. Unter dem Druck der Bananenbauer soll das Landwirtschaftsministerium unter Präsident François Mitterrand zwei entsprechende Ausnahmegenehmigungen erteilt haben. Die 650 Bananenbauern der beiden Inseln produzieren jährlich 270.000 Tonnen der Schalenfrüchte, von denen rund 70 Prozent nach Frankreich verschifft werden. Das Pestizid das auf den Plantagen auf Guadeloupe und Martinique eingesetzt wurde, soll auf Guadeloupe 6500 Hektar Land und auf

Martinique 14.500 Quadratmeter kontaminiert haben. Beide Inseln haben die weltweit höchste Rate an Prostatakrebs.

Seite 2/2

**Die Pariser Start-Up-Szene hat Berlin den Rang abgelaufen.** Nach einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Ernst & Young liegt die französische Hauptstadt auf dem zweiten Platz im Ranking der höchsten Investitionen in Start-Ups. Während in der Seine-Metropole im ersten Halbjahr 2019 2,2 Milliarden Euro in Start-Ups investiert wurden, waren es in der deutschen Hauptstadt rund 2 Milliarden (zum Vergleich 1. Halbjahr 2018: Paris 1,4 Milliarden Euro/ Berlin 1,7 Milliarden Euro). Der Aufbau der Start-Up-Szene war eines der Wahlkampfversprechen von Staatspräsident Emmanuel Macron. Erst im September hat er das Ziel ausgerufen, bis 2025 die Zahl der französischen „Einhörner“, also der Start-ups, deren Wert auf eine Milliarde Euro oder höher geschätzt wird, auf 25 zu steigern.

**Eine nicht angekündigte Arbeitsniederlegung der Mitarbeiter der französischen Staatsbahn SNCF hat zum Beginn der Herbstferien für Zugausfälle und -verspätungen in ganz Frankreich gesorgt.** Nach dem Zusammenstoß einer Regionalbahn und eines Schleppzuges im Norden Frankreichs traten Lokführer und Kontrolleure der Staatsbahn in den Streik. Sie beriefen sich auf eine Klausel, die ihnen erlaubt, bei Gefahr für die eigene Unversehrtheit, die Arbeit niederzulegen. Die Bahnbediensteten kritisieren, dass der in den Unfall involvierte und verletzte Lokführer alleine für die Versorgung der Fahrgäste und die Absicherung der Unfallstelle zuständig gewesen sei. Bahnchef Guillaume Pepy und Premierminister Edouard Philippe bezeichneten die Arbeitsniederlegung als illegalen Streik. Regulär ist die SNCF dazu angehalten, einen Streik 5 Tage vor Streikbeginn anzukündigen.

**Mehr als 200 Jahre nach der Eheschließung von Napoleon Bonaparte mit der habsburgischen Prinzessin Marie-Louise ist es erneut zu einer Heirat zwischen dem französischen und dem österreichischen Adelsgeschlecht gekommen.** Am vergangenen Samstag gaben sich der Urgroßneffe von Kaiser Napoleon und die Urgroßenkelin von Kaiser Karl I., der 33 jährige Jean-Christophe Bonaparte und die 31 jährige Olympia von und zu Arco-Zinneberg, in der Pariser Kirche Saint Louis des Invalides das Ja-Wort. Das Brautpaar erklärte, sich nicht in den Stammbaum des jeweils anderen, sondern in die Person verliebt zu haben. Es sei purer Zufall, dass es bereits 1810 eine Heirat zwischen den beiden Familien gegeben habe. Bei der Hochzeit waren zahlreiche europäische Adelshäuser vertreten. Aus Deutschland waren laut einschlägigen Medienberichten Vertreter der Häuser Bayern, Württemberg und Hannover anwesend.



DIE ZAHL DER WOCHE

27

Die Bewegung *La République en Marche* (LREM) wird bei den Kommunalwahlen 2020 das selbstgesetzte Ziel der Geschlechterparität nicht erreichen. Aktuell sind von den 240 Kandidaten, die die Bewegung in Städten mit mehr als 10.000 Einwohnern aufgestellt hat nur 27% weiblich. Noch bei den Parlamentswahlen 2017 hatte LREM die absolute Parität mit 51% an Kandidatinnen erreicht. Für die anstehenden Wahlen mangelt es nun auf kommunalpolitischer Ebene an Frauen. Der Bewegungsvorstand hält die 50%-Marke dabei für unrealistisch und strebt eine Quote von 30% an. Da aktuell nur 16% der Bürgermeisterämter mit Frauen besetzt sind, sei dies bereits „eine Verdopplung der Anzahl“.